



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 21. Januar 1887.

Nr. 33.

Deutschland.

Berlin, 20. Januar. Se. Majestät der Kaiser und König hat das Präsidium mit einer Deputation des Herrenhauses zur Entgegennahme der gestern von demselben beschlossenen Adresse heute Nachmittag 2 Uhr empfangen.

— Gelegenheitlich einer Unterredung mit einem Korrespondenten äußerte sich Herr Kalkschew, wie man der „N. Fr. Pr.“ aus Rom meldet, in folgender Weise:

Der Empfang, den uns die Italiener bereitet, übertraf unsere Erwartungen. Wir wußten zwar, daß auch die offiziellen Kreise uns herzlich entgegenkommen würden; auf so warme Theilnahme der Allgemeinheit waren wir aber nicht gefaßt. Was wir wollen, wissen Sie. Hätten wir uns nur von der Rücksicht für uns selbst leiten lassen und wären wir nicht bestrebt, die Gefahren eines europäischen Krieges zu vermeiden, so würden wir den Fürsten Alexander wiedergewählt haben. Wir werden nie vergessen, daß er uns die Einheit und Freiheit gegeben hat. Als ich ihm am 19. September 1885 die Beschlüsse der ostrumelischen Regierung mittheilte und der Ministerrathe angesichts der russischen Drohungen unsere Wünsche zu erfüllen jögerte, da war er es, der alle Bedenken durch seine Worte zerstreute. „Ich weiß“, sagte der Fürst, „daß ich mich persönlich opfere; allein Bulgariens Interesse fordert es. Ich gehe nach Philippopol.“ Wir hätten ihn also wiedergewählt; allein dem Zar zu Liebe, der uns verließ, wählten wir seinen Schwager Waldemar. Der Zar verlangte trotzdem den Rücktritt der Regentenschaft, die Auflösung der Sobranje und Neuwahlen. Wir sind nun bereit, jeden vernünftigen Vorschlag, den uns die Petersburger Regierung machen wird, anzunehmen, jedoch unter zwei Bedingungen. Erstens: daß unsere Unabhängigkeit gewahrt bleibe; zweitens: daß man uns nicht der Anarchie auslieferen, das heißt: die Forderung, daß die Auflösung der Sobranje und der Rücktritt der Regentenschaft unmittelbar aufeinander folgen sollen, können wir nicht annehmen; die Regentenschaft kann ihr Amt nur in die Hände der Sobranje zurücklegen, welche sodann eine neue Regierung ernennen mag. In dieser Regierung, von welcher es selbstverständlich ist, daß sie den nationalen Wünschen entsprechen müßte, würden wir gern bereit sein, einen oder zwei Zankowitsen zu berufen. Nachdem in solcher Weise die Ruhe des Landes gesichert wäre, könnten die Neuwahlen behufs Proklamirung eines Fürsten ausgeschrieben werden. Wir hoffen, daß Italien die Mediation, welche wir heute dem Grafen Robilant auf dieser Grundlage anzubieten beabsichtigen, annehmen werde. Wir hoffen das umso mehr, als die Zeichen einer glücklichen Lösung der schwierigen Frage sich mehren. Aus Konstantinopel ist uns heute eine Depesche zugekommen, worin der Großvezir uns sagen läßt, daß er uns mit großer Ungeduld erwartet. Wir hätten dies kaum erwartet; allein gewiß ist, daß die Türkei durch ihr nunmehriges Entgegenkommen Bulgarien zu den friedlichsten Erwartungen ermuthigt. Auch im Vatikan soll man bereit sein, sich für uns beim Zar zu verwenden. Wenn der Papst etwas thun will, möge er es nur thun, wir werden ihm dafür dankbar sein; die Vermittelung haben wir ihm aber nicht angeboten und wir wissen auch nicht, ob wir überhaupt um eine Audienz bei ihm ansuchen werden. Die Zeitungen bringen die Nachricht, Schadowow habe in Berlin Deutschlands Zugehörigkeit zur Oskupation Bulgariens ermt. Wir glauben nicht, daß Rußland sich leichtens Dergleichen hierzu entschließen würde; denn erstens wäre die Oskupation der casus belli für Desterreich-Ungarn, zweitens würde Rußland Serbien, Bulgarien, wahrscheinlich Rumänien und gewiß auch die Türkei gegen sich haben. Glauben Sie mir, Alles, was der Sultan bisher gethan hat, beweist nichts. Der erste Kosak, der die Grenzen Bulgariens überschritt, würde den Sultan zwingen, Rußland den Krieg zu erklären. So erfordert es die Treue an die Religion, die öffentliche Meinung der Türkei; daher glauben wir, daß der Friede erhalten bleibt. Wir wollen keinen Krieg; wollten wir ihn, so bräuchten wir nur Mazedonien, das ganz in unserer Gewalt steht, aufzumiegeln. Wir thun es aber nicht; wir wollen nur einen Fürsten, der uns begreift und in unsere nationale

Eigenart aufzugehen fähig ist: einen Europäer also, und keinen Asiaten.

Daß die Türkei mit erhöhtem Eifer die Regelung der bulgarischen Frage in die Hand nehmen will, wird auch von anderer Seite bekräftigt. Indessen scheint uns die Brücke zwischen der Art, wie die Bulgaren ihre Zukunft zu gestalten gedenken und der Auffassung des Zaren davon einstweilen immer noch ein außerordentlich weiter Abstand zu liegen.

Die bulgarische Delegation wird in Rom sehr wohlwollend aufgenommen. Der Ministerpräsident Depretis, welcher die Delegation gestern empfing, betonte ausdrücklich, daß die Schwierigkeiten, denen Bulgarien bezeuge, sobald man auf dem Boden der Veträge zu bleiben suche, mit Klugheit überwunden werden könnten. Aus Anlaß des Aufenthaltes der bulgarischen Delegation in Rom sind auch öffentliche Kundgebungen erfolgt, über welche vom 19. d. telegraphisch gemeldet wird:

Heute Abend wollten eine Anzahl Studenten zu Ehren der bulgarischen Delegation vor deren Hotel eine Demonstration veranstalten. Da die Delegation nicht im Hotel anwesend waren, so wandten sich die Studenten in der übrigen irigen Annahme, die Delegation seien zum Diner bei dem Grafen Robilant, gegen das auswärtige Amt, wurden jedoch alsbald von der Polizei zerstreut.

— Die „Hamd. Nachr.“ lassen sich aus Hannover vernehmen, daß Fürst Bismarck Herrn von Darnitz telegraphisch nach Berlin berufen habe. Wenn das richtig ist, so läßt sich auch die neuliche Frankfurter Meldung erklären, daß Herr Riquel auf telegraphische Weisung nach Berlin abgereist sei.

— Aus der Diözese Breslau berichtet die „Schles. Ztg.“:

„Bezüglich des spiritus rector der Breslauer Diözese, des Kanonikus Dr. Franz, steht es hinsichtlich fest, daß sein Name auf der der Regierung einzureichenden Kandidatenliste für den Breslauer Bischofsstuhl einen Platz nicht finden wird. Die thatsächlich von Herrn Franz jahrelang ausgeübte Herrschaft soll demselben so wenig Freunde unter seinen Amtskollegen gewonnen haben, daß bei Aufstellung der Liste selbst solche Namen vorausgesetzt eine Ablehnung erfahren dürften, von denen Trägern man es für möglich hält, daß sie nach ihrer etwaigen Wahl dem Einflusse des vielgewandten bisherigen spiritus rector gleichfalls zugänglich werden könnten. Die Zuverlässigkeit dieser Mittheilung wird es nicht bezweifelhaft machen, wenn auf der Liste dem Namen des derzeitigen Kapitulardirektors Weihbischofs Dr. Gleich, erscheint. Es ist ein Akt der Höflichkeit und selbst der Ehrerbietung gegen diesen kirchlichen Würdenträger, daß man ihn nicht übergeht. Kommt es zur Bischofswahl, so wird Herr Dr. Gleich selbst dann sicher nicht gewählt, wenn sein Name wider Erwarten regierungsfreudig auf der Liste befallen werden sollte.“

Was die innerhalb des Domkapitels bezüglich der Wahl überhaupt obwaltende Stimmung andeutet, so wird dieselbe zunächst wesentlich beeinflusst durch den sehr lebhaften Wunsch, der neue Bischof möge aus der freien Wahl des Kapitals hervorgehen. Der Modus der Ernennung des Bischofs nach vorangegangener direkter Unterhandlung zwischen Berlin und Rom würde weit weniger nach dem Geschnack der Kapitulare sein. Man wird demgemäß alles unterlassen, was die Anwendung jenes Modus zur Folge haben müßte. Vor allem also wird man eine Liste aufstellen, auf welcher die Regierung ganz zweifellos mindestens zwei Namen setzen lassen kann. Sollte der Regierung die zuerst aufgestellte Liste trotzdem nicht hinlänglich gefallen so wird man, ohne daß diese erste Liste direkt abgelehnt wäre, einem alternativen Ersuchen der Regierung um Mittheilung einer neuen Liste ohne Zweifel bereitwillig stattgeben. Der Vorant hat die Wahl regelnden Bullen fordert nämlich nur, daß das Domkapitel seinen Kandidaten wähle, von dem es nicht feststeht (constat), daß er der Staatsbehörde genehm ist. Ueber die Weise, wie die betreffende Feststellung zu erfolgen hat, hat für die Bischofsfrage der alte Provinzen des preussischen Staates Vorschriften nicht aufgestellt. Das Verfabren hat sich zum Gebrauch herausgebildet, geboten ist

es nicht. Es wird behauptet, daß auch die Aufstellung einer zweiten Liste zu den zulässigen Möglichkeiten gehöre, so lange nur nicht die erste Liste ganz oder bis auf einen Namen abgelehnt sei. Andererseits stünde auch dem nichts im Wege, wenn das Kapitel, ohne dem Könige eine Kandidatenliste einzureichen, etwa dem Bischof Dr. Kopp von Fulda zum Fürstbischof erwählte, da bezüglich dieses Kirchenfürsten wohl „feststeht“, daß er genehm sein würde.

Die Frage, welche Richtung innerhalb des Kapitals vorherrsche, ob diejenige der Intrassigen, ob eine versöhnlichere, ist dahin zu beantworten, daß die letztere das Uebergewicht behalte dürfte, namentlich wohl, weil man oben zur Ausübung des Wahlrechts zu kommen wünscht, und andererseits durch den Einfluß der Ehrenbomherren, unter denen die versöhnlicheren Elemente vorherrschen.“

— Wie der „Magdeb. Ztg.“ aus guter Quelle mitgeteilt wird, hat der Kaiser seinem lebhaftesten Interesse an der Entwicklung unseres deutsch-ostafrikanischen Schutzbereiches durch Uebernahme von Aktien der neuen Gesellschaft im Betrage von einer halben Million Mark Ausdruck gegeben.

— Die für 1889 in Aussicht genommene Pariser Weltausstellung ist angesichts der Unklarheit der europäischen Lage in den Hintergrund getreten; der Nachricht französischer Zeitungen, daß an die deutsche Regierung eine Einladung ergangen, ist ein französisches Demütium auf dem Fusse gefolgt. Unter die Auskünfte des Unternehmers äußert sich der „Berliner Abend“ wie folgt:

Die Industriestaaten, welche sich an diesem neuen Weltfest betheiligen und denselben auch mit Euren beisehen wollen, brauchen viel Zeit, um sich gehörig vorzubereiten; ein Jahr genügt nicht, zwei Jahre reichen jedenfalls nur knapp hin. Es müssen zunächst von der zuständigen Landesbehörde die nöthigen Kredite bewilligt werden, dann erst kann zur Auffassung und Befestigung des nöthigen Personals für das Ausstellungs-Kommissariat und die Fachkommissionen geschritten werden. Erst wenn dies geschehen, und es erfordert schon viel Zeit, kann man die Industriellen und Gewerbetreibenden zur Betheiligung an der Ausstellung aufmuntern und gewinnen; dies führt zu Reben und Widerreben, zu eingelegener Ueberlegung, bevor man zu einem Entschlusse gelangt. Die Betheiligung an einer Ausstellung, erweist man, kostet viel Zeit und Geld, und welchen Vortheil bringt sie uns? Die Kurzsinnigkeit hat sich durch Betheiligung an bisherigen ähnlichen Ausstellungen nicht vermehrt, die Auslagen haben keinen oder nur geringen Erfolg. Das Resultat besteht im Wesentlichen nur in Enttäuschungen u. d. d. Gegen solche Einwendungen ist schwer aufzukommen; sie sind nur zu wahr. Dann wird an den unerwünschten Patriotismus, an die nationale Ehre und an den Ruf der Schweiz als Industriestaat appellirt. Die Industriellen geben schließlich nach und sichern Betheiligung zu, wenn auch nur sehr ungern.

So geht es im Großen und Ganzen in allen Staaten, nicht etwa nur in der Schweiz; denn mit der Betheiligung an internationalen Ausstellungen haben alle Staaten ungefähr die gleichen Erfahrungen gemacht und es werden auch die gleichen Klagen geführt. Die erwähnten, lange Zeit erfordernden Vorbereitungen der Staaten zur Betheiligung können selbstverständlich erst vorgenommen werden, wenn seitens der französischen Regierung die offizielle und definitive Einladung zur Betheiligung erfolgt ist. Schon vor mehreren Monaten hat man dieselbe erwartet und man hat sich auch in Paris an zuständigen Stelle mit derselben beschäftigt; allein bis zur Stunde ist sie nicht erfolgt. Warum nicht? Diese Frage stellt man sich überall. Die Beantwortung liegt nahe. Eine Ausstellung, wie die genannte, ist ein Werk des Friedens. In letzter Zeit war aber wegen der bekannten Vorgänge das Vertrauen in eine friedliche Zukunft ganz wesentlich erschüttert. Die Furcht vor einem allgemeinen Kriege mit allen seinen Greueln war eine allgemeine und die Rede Bismarcks vom 11. Januar verdrängte nicht, dieselbe zu verdrängen. Die Rede wird eben sehr verschieden beurteilt: die einen halten sie für sehr kriegerisch, die andern für ganz friedfertig. Durch die Friedens

länge französischer Blätter wird sich kaum Jemand seine Meinung über die Frage: Krieg oder Frieden? bestimmen lassen. Kurz, die Situation ist eine solche, daß man nicht mit Vertrauen in ein langfristiges Friedenswerk, wie die Vorbereitung zu der Ausstellung und die Betheiligung an dieser, gehen kann. Die französische Regierung hat denn auch in Berücksichtigung dieser Situation bis jetzt das erwähnte Einladungsschreiben auf ihrem Kanzeltische liegen lassen und wird dasselbe wohl kaum alsbald abgeben. Es muß ganz anders kommen, bevor die Staaten geneigt sind, die Vorbereitungen mit Vertrauen und damit auch mit der nöthigen Energie an die Hand zu nehmen. Dies entgeht der französischen Regierung keineswegs, daher ihre zuwartende Stellung. Erst wenn die Gewitterwolken gänzlich verschwunden sind und die Sonne des Friedens wieder leuchtet, wird man geneigt sein, jenes Werk des Friedens in Angriff zu nehmen. Möge dies bald geschehen!

— Der „Moniteur de Rome“ bringt anläßlich des kirchenpolitischen Abschaltens der Landtags-Thronrede einen höchst befriedigten und hoffnungsvollen Artikel. „Wenn“, so schließt das vatikanische Blatt denselben, „der künftige Gesetzentwurf vollständig diesen Erklärungen entspricht, was wir zu glauben Grund haben, so wird der Friede bald hergestellt sein.“

— Wie es heißt, werden die Verhandlungen wegen Erneuerung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages — zunächst von deutschen Kommissaren allein — noch im laufenden Monat wieder aufgenommen werden.

— Der Bundesrath hat sich damit einverstanden erklärt, daß ein weiterer Betrag von Einpfunzigtausend in Höhe von etwa 400 000 Mark aufgebracht und bei Verteilung dieser Summe auf die einzelnen Kantone die nach einem früheren Bundesratsbeschlusse bestimmten Proportionsätze mit der Maßgabe zu Grunde gelegt werden, daß der bisher der Kantone in Darmstadt zugewiesene Proportionsatz den übrigen Kantonen nach Maßgabe ihrer Verhältniszahl zuwächst.

— Die in Grootfontein (etwa 19° 30' s. Br. und 18° ö. L.) in der Dowligegend in Südwestafrika angelegten Deers sind auf ihren Antrag nach erfolgter Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers unter den Schutz des deutschen Reiches gestellt worden.

Frankfurt a. M. Der hiesigen Stadtverordnetenversammlung ist folgendes Schreiben zugegangen:

„Der verehrlichen Stadtverordnetenversammlung fühle ich mich gedrungen, schon jetzt die ergebene Mittheilung zu machen, daß ich mich entschließen muß, eine etwa auf mich fallende Wahl zum Abgeordneten des deutschen Reichstages anzunehmen. Ich brauche kaum zu versichern, daß mit dieser Entschluß sehr schwer geworden ist. Meinen persönlichen Neigungen folgend würde ich eine fruchtbringende Thätigkeit an der Spitze der Verwaltung unserer Stadt den parlamentarischen Kämpfen und Streitigkeiten weit vorziehen. Vor Allem aber ist es mir tiefstammig, wenn ich mich in Folge des Wiedereintritts in die parlamentarische Thätigkeit von einer Stadt trennen muß, in welcher ich so viel freundliches Entgegenkommen und wahre Freundschaft gefunden habe und in deren Verwaltung ich fast 7 Jahre hindurch eine im höchsten Grade befriedigende und wie ich wohl sagen darf, fruchtbringende Thätigkeit mit Unterstützung der gesammten Bürgerschaft und aller Parteien habe entwickeln dürfen. Wenn auch ein großes Stück gemeinsamer Arbeit hinter uns liegt und die schwierigsten und gestellten Fragen gelöst sind, so bleibt immerhin für die nächsten Jahre noch so viel zu thun übrig, daß die volle Kraft, namentlich des Oberbürgermeisters, in Anspruch genommen werden muß, um den Anforderungen des Amtes gerecht zu werden. Als ich die Ehre hatte, von der Stadtverordnetenversammlung zum ersten Bürgermeister unserer Stadt gewählt zu werden, war ich Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses und beabsichtigte anlässlich dieser Thätigkeit nach der Art der hiesigen Geschäftsverteilung und angesichts der damaligen für einen neuen Oberbürgermeister allerdings schwierigen Aufgaben mit seinen Pflichten gegen die Gemeinde unentbehrbar zu sein, und ich trat daher

aus dem Abgeordnetenhaus aus. Auch heute noch bin ich der Überzeugung, daß eine dauernde und längere Abwesenheit des Ober-Bürgermeisters für die kommunale Verwaltung und deren geordneten Gang nachtheilig ist und ich habe mich daher bei der Erwägung, ob ich wiederum mich an einer parlamentarischen Thätigkeit betheiligen sollte, in einem Konflikt von Pflichten befunden. Schließlich hat der große Ernst der Lage unseres Vaterlandes sowohl nach Außen als nach Innen, welche jeden gewissenhaften Deutschen veranlassen muß, auch seine noch so geringen Kräfte zur Disposition zu stellen, meinen langjährigen Widerstand gegenüber dem Andrängen meiner politischen Freunde gebrochen. Ich habe mich bereit erklärt, in einem Konflikt von Pflichten die Lösung zu finden, die mir am liebsten liegt, zur Überwindung der gegenwärtigen Krise im Staatsleben beizutragen. Ob die damit eingeleitete neue Thätigkeit eine dauernde sein wird, hängt vom Gange der politischen Ereignisse ab. Es ist möglich, daß meine Mitwirkung für längere Zeit nicht erforderlich sein wird. Wäre ich der entgegengegesetzten Ansicht, so würde ich, für den Fall einer Wahl, schon jetzt die verehrliche Stadtverordneten-Versammlung bitten, mich von meinem Amte zu entbinden. Aber auch so kann ich meine Pflicht gegen Frankfurt nach meiner Auffassung nur erfüllen, wenn ich die Entscheidung in die Hände der Vertretung der Bürgerschaft lege. In dieselbe der Ansicht, daß es schon gegenwärtig der Stadtverwaltung mehr frommt einen neuen ersten Bürgermeister zu wählen, so kann dieselbe auf eine solche aufrichtige Einverständlichkeit rechnen. Allein die städtischen Interessen nach der Aufhebung der Stadtverordneten-Versammlung können hier entscheiden. Im anderen Falle bin ich bereit bis auf weitere Klärung der Verhältnisse mein Amt weiter zu verwalten und die aus demselben folgenden Pflichten nach besten Kräften mit meiner Theilnahme an den nächsten parlamentarischen Verhandlungen zu vereinigen. In allen Fällen ist selbstverständlich, daß ich mich in jeder Beziehung zur Disposition stelle, um die Schwierigkeiten des Ueberganges zu erleichtern. Zudem ich hoffe, daß die verehrliche Stadtverordneten-Versammlung die vorstehenden pflichtmäßigen Erwägungen welche ich, um derselben volle Zeit zur Beschlußfassung und Ausführung für alle Fälle zu sichern, schon im gegenwärtigen Stadium zu unterbreiten mir gestattet, in gerechter Weise würdigen wird, verbleibe derselben in aller Ergebenheit

Frankfurt a. M., 18 Januar 1887.
gez. J. Niquel, Ober-Bürgermeister.

Ausland.

Paris, 18 Januar. Die Komödie der Patrioten mit dem Nachtrage ist wieder in vollem Gange. „La Revanche“ tritt täglich gegen die „Emilien“, „Engelwülfe“, „die unverbesserten Schönfärber“, die nicht sehen, welche schwarzen Pöbelschlingen sie spinnt; und doch ist es offensichtlich, daß Boulanger, um als radikaler Kollektrator zu gelten und die Elfschlotzringer wachzuhalten, zwar mit dem Säbel klirren läßt, aber die Beschläge erst möglich ist, wenn die Armees-Organisation fertig, die Truppen in den neuen Waffen unterrichtet und die neuen Festungsbauten fertig sind. Ob Boulangers Vorlage wegen der Armeeverfassung sofort nach Erledigung des Budgets auf die Tagesordnung der Deputiertenkammer kommt, ist noch ungewiß, es ist aber im Werke, dem Beschluß der Kammer, der den Getreidezöllen den Vortritt ertheilt, um zu werfen. Da es überall an Geld fehlt, aber Boulanger nicht ruft, so hat sein Freund Aubas sich beschaffen, die Gelder für Bau und Ausübung der neuen Schiffe zu Vertheilung der französischen und zum Angriff der auswärtigen Kaiserbefestigungen von der Kammer in einem Satz zu verlangen; man ist mit dem außerordentlichen Budget auch nicht übel gestellt; man macht Schmecken und läßt im einzelnen die Gelder ausgeben. So hat ja Boulanger schon neben den verlangten 84 Millionen bereits über 100 Millionen für gemacht Anweisungen gegeben. Mit diesem verdeckten Verfahren das jedoch Niemand ahnt, geht Hand in Hand das, was der „Gaulois“ heute mit der r-servierte Haltung der Pariser Presse nennt „die den Reichskanzler in Verwirrung bringt“. Diese Hinterhältigkeit der Presse ist bekanntlich Schwarm, das von der Regierung ausging, aber das hindert nicht, daß man zur Vorbereitung der Wahlen im Reichslande allerlei Anzeigen und Geschichtchen verbreitet. Hat doch die „France“ berichtet, ein preussischer Kaiser vom Generalstab in Straßburg die Wahlen und Richter „parlamentarische Schweineköpfe“ — ein eigentümliches routhes Wort, aber es ist so angeführt — zu nennen gewagt. Die „France“ stellt auch bereits Kandidaten für Elbsch und Lothringen vor und bemerkt über Metz: „Wenn die Wähler sich wieder theilen, wie sie es so ungeschickt und leicht bei den Gemeinderathen wählen gethan, so wird Herr Antoine nicht wiedergewählt werden.“ Die „Agence Havas“ hat sich auch bereits Antoine angemeldet; sie meldet: „Wenn Antoine gegen das Triennat gestimmt hat, so geschah es nicht, weil er für das Septennat stimmte, sondern im Gegentheil, weil er alles verwerfen wollte; mit Unrecht haben einige Blätter daher seine Abstimmung als der Regierungspartei günstig ausgelegt.“ Daß die „Agence Havas“ als Organ Antoine dient, ist charakteristisch. Die „Liberte“ versichert, daß zwar ein Abgrund die Lehren, Anschauungen und Erhebungen der verschiedenen Oppositionsgruppen trenne, aber daß Katholiken, Polen, Fortschrittler

und Sozialisten, nicht zu vergessen die Vertreter der Reichslande, ihre Rollen vereinigen und beisammen stimmen werden.“ Rochfort schweigt im „Intransigant“ wieder in Staatsstreichen. Aber, fährt er fort, „man wird ihm (Bismarck) sagen — und der fürchtbare Herr von Windthorst bereitet sich bereits vor, es ihm zu sagen, — daß vor dem Augenblicke an, wo er auf den deutschen Bund und das Übergewicht der Einzelstaaten zurückgeht, es nicht der Mühe werth war, an ihre Stelle des Reich zu setzen und dessen Krone Wilhelm zu geben.“ Also Windthorst Wahrer des deutschen Reiches gegen Bismarck! Aber wie bei den Kommunisten so ist Windthorst auch bei den Deutschnisten der Held des Tages für Frankreich. „Soleil“ schreibt: „Es muß zuvörderst anerkannt werden, daß die Leiter der Opposition dem Kaiser tapfer Stand gehalten haben. Es war ein höchst merkwürdiger Anblick, Windthorst mit Bismarck handgemein, ein Kampf Davids gegen den Riesengoliath, zu schauen.“ „Soleil“ thut dem Andenken des Patrioten Ehrens die Schmach an, Windthorst mit ihm zu vergleichen, nur daß bei dem deutschen Ehrens alles verdrängt sei; dann heißt es weiter: „Windthorst hat nie verbrannt, was er früher verbrannt hatte: sein ganzes Leben war der Verteidigung der katholischen Kirche und des hannoverschen Thrones geweiht. Er war heilig, dieser kleine Mann; er verfiel als absoluter Herr über das Patrum, und sein Abfall kam vor; selbst nicht bei dem bayerischen Vertreter, die Prinz Luitpold für die Regierungsvorlage zu gewinnen sich bemüht hatte.“ Kurz, die kleine Exzellenz ist, im französischen Spiegel betrachtet, größer als Bismarck und Prinz Luitpold!

Boulangier glaubt sich immer von Spionen umgeben. Die „Korr. Havas“ schreibt: „Der Kriegeminister, welcher seine Reise nach Bourges aufgegeben hatte, um sein Aufsehen zu erregen, ist unerwartet nach Lille gefahren, wo gleichzeitig Verjuche mit Melkit-Bomben gemacht worden sind.“

Paris, 19. Januar. Der Kriegeminister hat nachstehende Bestimmungen für die Herbstmanöver von 1887 getroffen: nur zwei Armeekorps, das 9. unter General Carré de Bellemare und das 16. unter General Berge, werden Korpsmanöver durchführen. Divisionenmanöver in der Dauer von 15 Tagen finden in folgenden 11 Korps statt: beim 1. General Billot, 2. General Billeme, 3. General Dumont 4., General Thomassin, 6., General Fevrier, 7., General Wolff, 8., General Logerot, 10., General Limal, 11., General Ferguol, 13., General Biéart, und 18., General Gourou; in dem nachstehenden 5 Korps werden Brigadenmanöver, ebenfalls 15 Tage dauernd, gemacht werden: beim 5., General Biot, 12., General Japh, 14., General Davout, 15., General de Colomb, und 18. General Cornat. Manöver der Kavallerie-Vertheilung werden im 11. Korps (Nantes) durch die 22 Division unter General Gallimard und im 15. Korps (Marseille) durch die 39 Division unter General Lhéry durchgeführt werden. Die 1. und 4. Kavallerie-Division, Generale de Gressot (Paris) und Versailles) und de Viel d'Espinalles (Grenze) werden im Lager von Chalons unter der Oberleitung des General Lhotte, Präsidenten des Kavallerie-Komitees, durch zwölf Tage manövrieren. Des Weiteren schreibt die „France“:

„General Boulanger hat nicht auf das Projekt verzichtet, das er schon im Vorjahre aufgegeben hatte, ein ganzes Armeekorps einen Mobilisationsversuch vornehmen zu lassen. Diesem Versuch wird 1887 von einem der Armeekorps gemacht werden, die zur Vornahme von Divisionenmanövern bestimmt worden sind. Man braucht aber nicht lange zu suchen, um herauszufinden, daß die Wahl des Ministers auf zwei Korps beschränkt ist: das 8. mit dem Hauptquartier in Bourges und das 17. in Leulouje. Wenn man in Erwägung zieht, daß das letztere kein bedeutendes Kriegespiel enthält, so ist leicht voranzusehen, daß das 8. Korps in diesem Jahre mobilisiert werden wird. Dieser Versuch bietet ein gewisses Interesse, hat aber weitau nicht die Bedeutung, die man allgemein ihm beilegt. Die Mobilisation ist die einfachste und bestgescherte Sache, die man sich denken kann. Schwierig ist nur die Konzentration und diese kann man nicht unter Umständen durchführen, die sich in gewöhnlicher Weise zeigen, denen wir uns gegenüber befinden werden wenn man nicht mehr ein Armeekorps, sondern die ganze Armee mobilisieren wird.“

Von den Altersklassen 1874 und 1875 der Territorialarmee werden in diesem Jahre einberufen werden: vom 21. März bis 2. April: die 1. Serie der Infanterie, die einzige Serie der Artillerie, die 1. Serie für die Batterien zu Fuß, die einzige Gendarmen-Serie; vom 18. bis zum 30. April die 2. Infanterie-Serie, die 2. Serie der Artillerie zu Fuß, Genie und Sapeurs. Die Infanterie soll womöglich in einem Male bei der zweiten Serie einberufen werden. Die Kavallerie wird an einem noch später zu bestimmenden Datum einberufen werden.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 21. Januar. Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten hat wiederum in ihrer Tagesordnung nur wenig Gegenstände von allgemeinem Interesse. Die Sitzung begann mit der Einführung und Verpflichtung des Herrn Kumpnermeisters Schilbach zum Stadtverordneten durch Herrn Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Schack. Vom Bureau sind Vorschläge

zu theilweisem Neubildung der städtischen Deputationen und Kommissionen eingegangen; sollte bis zur nächsten Sitzung gegen die in Vorschlag gebrachten Herren von keiner Seite Einspruch erhoben werden, so sind dieselben als gewählt zu betrachten. — Die hier bestehende Gesellschaft zur Versorgung der Armen mit Brennmaterial hat dem Antrag gestellt, daß die Stadt das aus 17,100 Mark bestehende Vermögen der Gesellschaft und die Verwaltung desselben durch die Armen-Direktion übernehme, da es in neuerer Zeit — besonders seit Bestehen der Bezugsvereine — es sehr schwer geworden ist, die Mitglieder der Gesellschaft zusammenzuhalten und auch die Zwecke der Gesellschaft unterzogen hatten, oft mit vielen Widerwärtigkeiten und Unannehmlichkeiten zu kämpfen hatten. Der Magistrat hat sich dem Gesuch gegenüber bereitwillig gezeigt und auch die Versammlung erklärt sich mit der Uebernahme und Verwaltung des Vermögens der Gesellschaft einverstanden.

Da eine gütliche Einigung wegen Ueberlassung des zur Straßenerweiterung von dem Grundstück Unterwiel 15 köthigen Terrains zwischen dem Besitzer dieses Grundstücks und dem Magistrat nicht möglich war, beschließt die Versammlung, das Entschuldigungsverfahren betreffs der Erwerbung von 102 Qm. Borterrain bei diesem Grundstück einzuleiten.

Der Magistrat beabsichtigt, die am 1. April d. J. noch umlaufenden 4proz. städtischen Anleihen Litt. K. und Litt. L. im Gesamtbetrage von 8,400,700 Mk. in eine 3 1/2proz. Anleihe zu konvertieren und behufs der Konvertierung ein Ueberhöchstes Beträg zur Ausgabe einer 3 1/2proz. Anleihe Litt. M. in Höhe von 8,500,000 Mark nachzusuchen. Die Finanz-Kommission empfiehlt, der Vorlage zuzustimmen jedoch mit dem Wunsch, daß von der neuen Anleihe 1000 Obligationen à 200 Mark zum Ankauf für Leihere Lutz reserviert werden.

Herr Masche spricht sich gegen die Vorlage aus, da er aus derselben einen finanziellen Vortheil für die Stadt nicht erblicken kann, während Herr Gressath die Bedenken des Vorredners zu widerlegen sucht. Herr Gressath macht in seinen Ausführungen die wenig erfreuliche Mittheilung, daß nach Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters die Kanalisations-Einrichtung der Stadt rund 2 Millionen Mark kosten werde, diese Summe müsse durch Steuerzuschläge aufgebracht werden und müsse man daher jede Gelegenheit ergreifen, um für die Stadt Ersparnisse zu machen.

Nachdem noch Herr Kammerer Schlesad für die Vorlage das Wort ergriffen, wird dieselbe angenommen.

Zum Mitgliede der 5. Armen-Kommission wird Herr Malermeister Dittmer, zum Mitgliede der 18. Armen-Kommission Herr Restaurateur Christiani gewählt.

Nachdem die Handwerksmeister verpflichtet sind, ihre Lehrlinge in die Kreis-Krankenkassen aufnehmen zu lassen, sind die bisher eingekerkert gewesenen Abonnements für Lehrlinge zur Kur und Verpflegung im städtischen Krankenhaus überflüssig geworden und wird die Aufhebung derselben beschloffen.

An Ueberschreitungen beim Titel XI. und XII. des Etats pro 1885/86 werden 8154 Mark 71 P. nachbevolligt.

Die Reuanstellung eines fünften Polizeibeamten mit 1020 Mark vom 1. April d. J. ab wird genehmigt.

Bekanntlich ging unterm 31. März v. J. bei dem Magistrat ein Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten ein, in welchem angezeigt wurde, daß die Stadt auf Grund eines Erkenntnisses des Obergerichtes verpflichtet sei, die Kosten für die Bekleidung und Ausrüstung der Schuplente zu tragen und aufgefördert wurde, diese Kosten vom 1. April ab zu übernehmen. Die Stadtverordneten hatten sich bereits in einer früheren Sitzung mit dieser Sache zu beschäftigen und traten dieselben dem Vorschlage des Magistrats bei, von einer Klage über die Berechtigung dieser Verpflichtung Abstand zu nehmen, da in dieser Beziehung bereits ein der Stadt ungünstiges Erkenntnis des Obergerichtes vorliegt, dagegen zunächst die Kosten zu übernehmen, jedoch mit der Polizeidirektion in Verbindung zu treten, daß die Stadt nicht die Natural-Erfüllung der Sachen übernehmen, sondern der könlgl. Polizeidirektion eine bestimmte jährliche Pauschalsumme zahle, für welche die Polizeidirektion selbst die Anschaffung der Bekleidung und Ausrüstung der Schuplente übernehmen. Diese Kosten sollten jedoch nur mit Vorbehalt gezahlt und später bei den ordentlichen Berichten auf Rückzahlung der bereits gezahlten Beträge geltend gemacht werden. Der Magistrat trat sodann mit mehreren Städten in Verbindung, welchen die gleiche Verpflichtung auferlegt ist, und zog Erkundigungen ein, welcher Modus dort angewendet werde, um der Verpflichtung nachzukommen, und nachdem darüber Auskunft eingegangen, trat der Magistrat mit der könlgl. Polizeidirektion wegen Festsetzung der jährlichen Pauschalsumme in Unterhandlung, welche schließlich dahin führte, daß ein Betrag zu Stande kam, nach welchem die Polizeidirektion die Bekleidung der Bekleidung und Ausrüstung der Schuplente selbst übernimmt und dafür von der Stadt eine jährliche Pauschalsumme von 5670 Mark erhält, die angeschafften Sachen bleiben Eigentum der Stadt. Der Betrag ist vorläufig vom 1. April 1886 bis dahin 1891 geschloffen und wird von der Versammlung genehmigt.

Schon seit längerer Zeit besteht bei den interessirten Gemeindegliedern die Absicht, von Frauendorf über Boglow und Olenken eine gepflasterte Straße nach Messenitz herzustellen, diese Absicht soll jetzt verwirklicht werden und wird von der Stadt Stettin als Pflastererin von Messenitz die Abtretung des Wegelerrains innerhalb des ganzen Gutsbezirks Messenitz gefordert. Der dahingehenden Vorlage des Magistrats wird seitens der Versammlung zugestimmt.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung waren ohne jedes Interesse. Bereits um 6 1/2 Uhr war die Sitzung beendet, es folgte noch eine kurze nichtöffentliche Sitzung.

Stettin, 21. Januar. Das Kriegeministerium hat ein Preisauskreiben erlassen zur Erlangung von Entwürfen für eine transportable Baracke zur Unterbringung von Mannschaften. Das Programm für diesen Wettbewerb, zu welchem die heutigen Zeichner aufgerufen werden, ist von der Registratur der Servis-Abtheilung des Kriegeministeriums zu beziehen. Drei Preise von 5000, 3000 und 2000 Mark sind ausgesetzt, werden jedoch nur vertheilt an Bewerber, welche auf Erfordern im zweiter engerer Bewerbung die Ausführbarkeit ihrer Entwürfe nachweisen durch in wirtlicher Größe vorzunehmende Anfertigung von Barakentheilen, deren Kosten e-katte werden. Falls keiner von den eingegangenen Entwürfen von dem noch zu ernennenden Schiedsgericht als zu dieser engeren Bewerbung geeignet erachtet wird, so soll für die drei verhältnismäßig besten Pläne nur die Hälfte der oben angegebenen Preise gewährt werden. Die mit einem Motto zu vertheilenden Entwürfe sind bis zum 25. März d. J., Mittags 12 Uhr, im Kriegeministerium, Berlin W., Wilhelmstraße 81, einzuweisen.

Die Sonntagshilfe und des evangelische Lehramt sind nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 2. Strafsenat, vom 9. November v. J., Einrichtungen der evangelischen Landeskirche und eine Beschimpfung dieser Einrichtungen ist aus § 166 des Str. G.-B. zu bestrafen.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Benefiz für Herrn B. Richter. „Martha“, oder: „Der Markt zu Richmond.“ Oper in 4 Akten.

Sonntabend. Stadttheater: Volkstümliche Vorstellung zu ermäßigten Preisen. „Marie, die Tochter des Regiments.“ Komische Oper in 3 Akten. Vorher: „Deißlitzer in Stettin.“ Genrebild in 1 Akt.

Bermischte Nachrichten.

— Einen gewissenhaften Zahlmeister besigt, nach der „Pol. Korr.“, das erste griechische Infanterie-Regiment zu Athen. Anlässlich der 50-jährigen des Kronprinzens Konstantin gabes nämlich die Offiziere der Atheater Garnison zu Ehren desselben ein Diner. Der Kronprinz hat seitdem seinen Dienst bei dem ersten Bataillon des 1. Regiments bereits angetreten und auch schon auf Grund des ihm ausgefolgten Zahlungsbogens seinen ersten Gehalt bezogen. Dabei wurde ihm aber nebst dem sonstigen üblichen Abzügen noch ein außerordentlicher Abzug gemacht, von welchem der Kronprinz vorher nicht in Kenntniss gesetzt worden war. Als er den Zahlmeister hie über befragte, sagte derselbe: „Ja, das ist ja der Betrag, den jeder Leutnant für das dem Kronprinzen zu gebende Bankett besteuern muß.“

— (Wozu als e Hufe ses gut sind.) 83,000 Zentner alte Hufeisen als Exportwaare nach China zur Verschiffung aufzulassen, diese Diners sollen einige Berliner Firmen vor kurzem von englischen Häusern übernommen haben. Man soll nämlich die Erfahrung gemacht haben, daß gerade das Schmiedeeisen, welches unter dem Haf die Pferde des auf dem Pflaster ein-fleis und gleichmäßige Hämmer durchmacht und das wochenlang unter dem Einfluß der animalische Wärme des Pferdes steht, abwärts eine große Stabilität, verbunden mit äußerst feiner Härte besitzt. Diese Eigenschaften — die Kardinaltugenden eines guten Stahls — welche die alten Hufeisen unter Bieren in so hoher Maße besitzen, haben die selteneren Chinesen zu Eisfabrik bestimmt und es werden aus diesem Eisen besonders gute Säbelklingen und Messer angefertigt. Uebrigens ist es bekannt, daß auch für die weiderrühmten Tolebakterillagen zur dieses Eisen verwendet wird.

— (Bestreit.) Ein französischer Edelmann war so zerküsst daß er zuletzt Jeden, der mit ihm zu thun hatte, an seinen Barometer Luft vermis. Als in seinen letzten Stunden der Vater ihm fragte wie es mit seinen Söhnen stehe, antwortete der Edelmann nach seiner Gewohnheit: „Das wird Ihnen Luft seten.“

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien 20. Januar. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die bereits bekannten vom Kaiser mittelst Handschreibens vom 18. Januar vollzogenen Ernennungen von Mitgliedern des Herrenhauses auf Lebensdauer.

Washington, 19. Januar. Die Kommission des Senats und der Repräsentantenkammer für: auswärtige Angelegenheiten legten heute ihre Berichte vor, in welchen die Annahme der Gesetzentwürfe betreffend die Anwendung energischer Repressalien in Betreff des Fischerei-Vertrabs in den kanadischen Gewässern lebhaft empfohlen wird.